

freerk huisken abgehauen



eingelagert aufgefischt durchsortiert
abgewehrt eingebaut

neue deutsche flüchtlingspolitik

Freerk Huisken
Abgehauen

Freerk Huisken ist Professor im Ruhestand an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie des Ausbildungssektors.

2012 veröffentlichte er bei VSA: »Der demokratische Schoß ist fruchtbar... Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus«, im Frühjahr 2016 erscheint sein Standardwerk zur Kritik der »Erziehung im Kapitalismus« in einer aktualisierten Neuauflage.

Kontakt/Infos zu Vortragsterminen/Texte: www.fhuisken.de.

Freerk Huisken

Abgehauen

**eingelagert aufgefischt durchsortiert
abgewehrt eingebaut**

Neue deutsche Flüchtlingspolitik

Eine Flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Umschlagkarikatur: Harm Bengen

Alle Rechte vorbehalten

Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-692-3

Inhalt

1. »Deutschland, ein Flüchtlingsparadies!«	7
2. Flüchtlinge	10
Über das Ein- und Auswandern	10
Der Flüchtling – in großer Not illegal unterwegs	12
Exkurs: Überleben auf der Flucht als Qualifikationsnachweis: »Gelobt sei, was hart macht!«	20
3. Fluchtursachen	24
»Der Westen ist nicht ganz unschuldig«	24
Drei exemplarische Fälle	26
Syrien	26
Somalia und das Horn von Afrika	30
Westbalkan	35
4. Grundrecht auf Asyl	39
Ein hohes Rechtsgut... ..	39
... und sein politischer Gehalt	40
Politischer Asylrechtsgebrauch im Kalten Krieg	47
Asylrechtsreform 1993: Art. 16a GG	50
5. Das Schengengrenzregime	56
Schlepper und Schleuser	56
Das Schengengrenzregime nach innen und nach außen	58
Lampedusa	61
Rückführung	64
Rettung der Flüchtlinge vor Europas Schutzmaßnahmen	66
6. Flüchtlings-Merkel: »Wir schaffen das!«	68
September 2015	68
Neue globale Flüchtlingspolitik	69
Asylrecht ausgehebelt	74
Scheitern und Selbstkritik	77

7. Deutsche Flüchtlingspolitik als imperialistische Offensive	80
Das Programm: Bewältigung einer Daueraufgabe	80
Fluchtursachenbekämpfung	83
... im Westbalkan	83
... in Afrika	85
... in Syrien	87
Betreuung von Lagerländern	89
Am Schengengrenzstreit zerlegt sich die EU – weiter	93
8. Integration der »Neubürger« und neue Nationalerziehung für »Altbürger«	101
»Was wir schaffen«	101
Integration der Flüchtlinge neu beschlossen	102
Integration als staatliche Verpflichtung	106
Deutsche Leitkultur	106
Integration in die nationale Konkurrenzgesellschaft	111
Integration im Konzept globaler Bevölkerungspolitik	113
Rückführung als Eroberungsprogramm	114
Nationale Umerziehung des deutschen Volkes	117
»Willkommenskultur«	118
Flüchtlinge adeln Deutschland	119
BILD gegen Vorurteile	121
Exkurs: Werteerziehung, das A & O der Integration	124
Werte begründen – wie geht das?	124
Werteerziehung à la BILD	128
9. Zwischenbilanz nach Köln	130
Flüchtlinge: »Neue Qualität«	130
Der härtere Kurs: »Null Toleranz«	132
Volkserziehung zur Toleranz mit eingebauter Grenze	134
Das deutsche Volk überfordert, Europa »unsolidarisch«, Fluchtursachenbekämpfung außer Reichweite	137

1. »Deutschland, ein Flüchtlingsparadies!«

Von wem auch immer diese Parole in die Welt gesetzt worden ist, so richtig geglaubt wird sie von niemandem. Weder von jenen Schreiberlingen aus dem In- und Ausland, die Deutschland und seine Kanzlerin im September 2015 angesichts der geöffneten Grenzen mit Lob überschüttet haben, noch von jenen kritischen deutschen Bürgern, die ihren Augen und Ohren nicht trauen wollten, als Zigtausende elender Flüchtlingsgestalten über die deutsch-österreichische Grenze per Bus oder Zug unkontrolliert ins Land gelassen, hier willkommen geheißen und zur Erstversorgung in Aufnahmelager verbracht wurden. Sie hatten deutsche Flüchtlingspolitik bisher mit Ausgrenzung, Abschiebung und Tod im Mittelmeer gleichgesetzt, und nun passierte scheinbar das glatte Gegenteil. Dennoch: Dass Flüchtling nicht gleich Flüchtling ist, dass alle, die es bis nach Deutschland schaffen, unter Berufung auf das Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention nach berechtigten und unberechtigten Schutzsuchenden sortiert werden, dass immer wieder die Rede von »Wirtschaftsflüchtlings« ist, die keine Aussicht auf Asyl haben, und dass auch die längerfristige Unterbringung in Massenlagern mit Minimalversorgung, unzureichender medizinischer Hilfe und mangelhaften Hygienebedingungen nicht mit dem Bild vom Paradies übereinstimmt, all das war und ist niemandem unbekannt. Das kann jedermann in der Zeitung lesen oder den Reden von Politikern und zuständigen Landesbeamten entnehmen.

Deutsche Politiker waren ohnehin die ersten, die verbal und auch praktisch an den Außengrenzen die Bremsen schnell wieder etwas anzogen, von einer »Ausnahmesituation« redeten, Flüchtlinge nur noch kontrolliert einließen und auch sonst in jeder Hinsicht bemüht waren, Erwartungen, die sich in Flüchtlingslagern im Nahen Osten oder in Afrika verbreiten könnten, zu dämpfen. Merkels »Wir schaffen das!« wollten sie nicht als Einladung an die Flüchtlingsmassen der Welt, sondern allein als *deutsche Fähigkeit* gedeutet wissen, jene Flüchtlinge »menschlich« zu behandeln, die Europas Grenzbefestigungen überwinden und die von Ungarns

Orbán – wie es täglich im Fernsehen vorgeführt wurde – so schändlich behandelt werden.

Die Flüchtlinge selbst, abgelichtet mit Merkel-Bildern in der Hand und mit »Deutschland, Deutschland« auf den Lippen, hatten alles andere im Sinn, als ihre Elendslage ausgerechnet mit paradiesischen Zuständen abzugleichen. Auf der Flucht zu Lande oder zu Wasser irgendwie erst einmal nur überleben und ein Land erreichen, das angeblich Asyl bietet und mit dem Asyl eventuell ein Leben ohne Verfolgung, Krieg und Vertreibung verspricht, das war und ist bis heute ihre rein negativ angelegte Perspektive. Freilich dünkt diese ihnen angesichts der Verhältnisse in ihren Heimatländern, denen sie entkommen sind, wie ein gesichertes Refugium – und ist es erst einmal auch. Es ist nachvollziehbar, dass viele von ihnen, die gerade aus dem Mittelmeer gefischt worden waren oder endlich Stacheldrahtverhaue passieren durften, emphatisch ihren Dank an Deutschland in die für solche Botschaften nur allzu bereiten Kameras aussprachen.

Dennoch bleibt was. Gerade wenn Politiker wie etwa der ehemalige bayerische Innenminister Beckstein, der sich in Sachen Flüchtlingspolitik einst einen ausgesprochen unrühmlichen Namen gemacht hatte, vor Übertreibungen warnen und die Rede vom »deutschen Flüchtlingsparadies« explizit zurückweisen,¹ wollen sie eines auf jeden Fall festgehalten haben: Deutschland leistet mit der neuen Politik für Flüchtlinge schon Großes. Es muss in der Ausdeutung und Anwendung des Asylrechts als Vorbild für andere, vornehmlich europäische Staaten gelten, wenn es bis an die Grenze seiner Belastbarkeit Hilfe leistet, Integrationsbemühungen unternimmt und mit der Fluchtursachenbekämpfung dazu beitragen will, dass in Zukunft nicht Millionen von Menschen in Angst um Leib und Leben auf der Welt umherirren.

¹ Günther Beckstein, der Minister, der im Jahr 2000 so geständig zwischen den Ausländern, die »uns nützen«, und jenen, die »uns ausnützen«, sortiert hatte, erklärte: »Deutschland erscheint vielen als das Paradies. Aber ein Teil (!) ist natürlich Symbolik (...). (Die) gaukelt Menschlichkeit vor, die so nicht eingelöst wird. Die Flüchtlinge glauben, dass sie in Deutschland willkommen sind. Sie erfahren dann, dass es ganz so doch nicht ist (...). Da gibt es große Enttäuschungen.« (Süddeutsche Zeitung [SZ], 15.12.2015)

Das ist der hübsche Restposten der Zurückweisung des Urteils vom »Paradies Deutschland«. Es bleibt bei einem Lob der deutschen Politik am Ende des Jahres 2015. Die Maßnahmen, auf die es sich bezieht, kann man nicht dementieren. Aber wofür lobt sich eigentlich Deutschland, das – wie es am Auschwitz-Gedenktag 2016 im Bundestag hieß, – »den Beifall der Welt gewonnen« hat?² Was ist der *Gehalt* neuer deutscher Größe in Sachen Flüchtlingspolitik, *worin* soll ihr Vorbildcharakter bestehen, *was* leistet denn Asylpolitik, *welcher Maßstab* wird in dieser Politik an Hilfe angelegt, *wie definiert* Deutschland seine Belastungsgrenzen, *was* fällt für deutsche Politik unter Fluchtursachenbekämpfung, *welche Perspektive* wird eigentlich Flüchtlingen eröffnet, wenn Deutschland ihr weltweites Umherirren unterbinden will, *worum* geht es genau bei der Integration, und *wen oder was* meint Merkel mit ihrem »Wir schaffen das!«?

² Zeit Online, 27.1.2016.

2. Flüchtlinge

Über das Ein- und Auswandern

In einer Welt, die nicht nur aus mehr oder weniger bewohnter Gegend besteht, sondern in der jeder Fleck Erde den Stempel »Staatsterritorium« trägt und die folglich ein Netz von Staatsgrenzen überzieht, da kann sich kein Mensch nach Lust und Laune, Interessen und persönlichen Perspektiven irgendwo niederlassen. Überall gelten Vorschriften, in denen niedergelegt ist, wer das Recht zur Niederlassung hat und wer nicht; unter welchen Umständen jemand seinen Standort verlassen, umziehen, ein Territorium verlassen und ein anderes – sei es für kurze Zeit oder auf Dauer – bevölkern darf. Diese *Rechtsvorschriften* sind selbst dort alles andere als bloßes Papier, wo es die über das Territorium, also über Land und Leute herrschende Staatsgewalt nicht zum ausgereiften Gewaltmonopol gebracht hat, und sie werden bei Missbrauch oder Bruch der Vorschriften qua überlegener Gewalt durchgesetzt. Die Staatsgewalt setzt sie durch, weil die Leute, denen diese Verordnungen gelten, zum *Staatsvolk* gehören, d.h. als *Staatsbürger* ganz unter der *Hoheit* des Heimatstaats stehen und auf die Rechte und Pflichten festgelegt sind, die auf dem Staatsterritorium – genau von einer bis zur anderen Grenze – Gültigkeit haben.

Wer auswandern will, der packt eben nicht nur seine Siebensachen zusammen, sondern hat sich bei seiner Obrigkeit abzumelden. Die will nämlich wissen, auf wen sie auf ihrem Gebiet setzen kann, wer ihr für alle Funktionen, die im Staat anfallen, zur Verfügung steht und wer eben nicht; weswegen es auch Fälle gibt, in denen sie ihren Bürgern die Auswanderung verweigert. Da staatlich erlaubtes *Auswandern* ohne *Einwandern* in ein anderes, angrenzendes oder entferntes Staatswesen gar nicht geht, steht erneut das Einholen einer staatlichen Erlaubnis an. Spiegelbildlich wird dabei nach klaren Kriterien entschieden: Was nützt so ein Mensch den staatlichen Interessen in der neuen Heimat, was trägt er mit Qualifikation, Reichtum und Familiennachwuchs zum »Wohle des Landes« bei, ist er polizeibekannt, als Extremist – welcher Prove-

nienz auch immer – oder gar als Spion bzw. Geheimdienstler erfasst und eingeordnet worden usw.?

Jeder Mensch ist immer Teil eines Staatsvolks,¹ wird damit von seiner Herrschaft als *Ressource* für ökonomische, politische, soziale oder militärische Anliegen in die Pflicht genommen und deswegen auch hinsichtlich seiner grenzüberschreitenden Bewegungen kontrolliert² – und zwar doppelt, jeweils von zwei Staaten, die sich durchaus nicht immer grün sind. Dem widerspricht die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte«, die jedermann das Recht zugesteht, »jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren« (Art. 13), nicht. Denn noch jeder Staat hält es für sein Recht, ja für seine Pflicht, die *Bedingungen* festzuschreiben, unter denen dieses »Menschenrecht« für ihn gilt. Diese Bedingungen sind z.B. in § 5 des deutschen Aufenthaltsgesetzes als »Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen« fixiert, die in § 11 um »Einreise- und Aufenthaltsverbote« ergänzt werden: Festgehalten ist dort, dass Einreise und Aufenthalt ein Visum voraussetzt, dass der Lebensunterhalt gesichert, die Identität – das meint selbstverständlich immer nur die Staatsangehörigkeit – eindeutig nachweisbar ist und auch sonst vom Einreisenden die »Interessen der BRD nicht beeinträchtigt oder gefährdet« werden. Das sind klare Angaben, die zweifelsfrei festhalten, dass den Interessen der »Einreisenden« nur nachgekommen wird, wenn *staatliche* Interessen nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Die haben allemal Vorrang und lassen in ihrer negativen Formulierung – »*nicht* beeinträchtigt oder gefährdet« – der Politik jenen Spielraum, den sie

¹ Ironischerweise gilt »Staatenlosigkeit« als besonders schweres Schicksal. Von einer Staatsgewalt als ihr Bürger vereinnahmt und in die Pflicht genommen zu werden, ist demzufolge die erste und wichtigste Daseinsbestimmung jedes Menschen.

² Dass dies je nach Erfolg von Staaten in der Staatenkonkurrenz anders ausfällt, einige afrikanische Staaten gar nicht über die Mittel verfügen, ihr Volk als Staatsvolk nützlich einzusetzen, und auch nicht über die Gewalt verfügen, ihre Territorialgrenzen gegen unerwünschte Übertritte zu sichern, ändert nichts an dem Ausgeführten. Denn allemal wird all das und noch einiges mehr in solchen Staaten als zu behebender *Mangel* gesehen – von diesen Staaten selbst oder von denjenigen Staaten, die es dann mit den Geflüchteten zu tun haben.

braucht, um von Fall zu Fall zu regeln, welche Ausländer sie bei sich dulden will und welche nicht. Darüber ist der als normal geltende Grenzverkehr von Touristen, Geschäftsleuten, Diplomaten, »Gastarbeitern«, Sportlern, Militärs u.a. mit zwischenstaatlichen Vereinbarungen geregelt: Über die wechselseitige Anerkennung von Pässen oder passartigen Dokumenten, Visa, Blue Cards, Niederlassungserlaubnissen u.a.³ wird jeweils verhandelt, nicht ohne dass dabei hübsche Interessengegensätze zur Sprache kommen.⁴

Auf diese Weise geht letztlich jeder grenzüberschreitende Verkehr, in dem es um Waren, Dienstleistungen und Kapital geht, seinen modernen Gang: nämlich mit den *dazugehörigen Menschen* – Marx hat sie Charaktermasken genannt –, den Eigentümern, ihren Managern oder Arbeitskräften, mit politischen Vertretungen, die vor Ort zwischenstaatliche Affären bereinigen, mit Touristen, die für das Studium fremder Länder dort ihr Geld lassen, oder auch mit Kulturbeauftragten jeder Art, von Bastian Schweinsteiger über Gerhard Richter bis Kurt Masur, die der zwischenstaatlichen Konkurrenz immer noch zusätzlich den Stempel des harmlosen Wettstreits im Fiedeln, Kicken oder Pinseln verleihen.

Der Flüchtling – in großer Not illegal unterwegs

Mit *Flüchtlingen* hat es dabei seine besondere Bewandtnis. Sie halten es aus verschiedenen Gründen unter der Herrschaft der nationalen Obrigkeit in ihrer Heimat nicht mehr aus. Mit ihrer Flucht aus dem Land überschreiten sie regelmäßig Staatsgrenzen. Dabei gelten für sie zwar alle Regeln fürs Ausreisen und Einreisen, immerhin sind sie als Staatsbürger dem nationalen Rechtssystem unterworfen. Aber auf der Flucht aus ihrem Land müssen sie alles dafür unternehmen, diesen Regeln zu *entkommen*: Dies hat diverse Gründe. Da mag die regierende Herrschaft dem Stamm oder der Religion, der der Flüchtling zugehört, den Kampf erklärt oder

³ Siehe dazu im Aufenthaltsgesetz §4.

⁴ Was bekommt ein Staat als Gegenleistung, wenn er zulässt, dass die bei ihm auf dem Arbeitsmarkt überzähligen Menschen fremden Reichtum mehrten? Was dürfen fremde Bündnis-Militärs auf dem heimischen Territorium tun? Wo ist die Grenze zwischen diplomatischer Vertretung und geheimdienstlicher Tätigkeit zu ziehen? Usw.

ihn von Grund und Boden vertrieben und damit seiner Subsistenz beraubt haben. Da mag er politisch in Ungnade gefallen oder einer Opposition angehören bzw. zugeordnet worden sein, die die Staatsmacht als Bedrohung ausgemacht hat, er folglich von Staatsgewalt verfolgt und u.U. von Folter und Todesstrafe bedroht sein. Da mag er unter den herrschenden ökonomischen Verhältnissen keine Möglichkeit mehr gesehen haben, den Lebensunterhalt für sich und seine Familie selbst auf niedrigstem Niveau dauerhaft zu sichern, ja vielleicht sogar vom Hungertod bedroht sein. Da mag er in einem Krieg oder Bürgerkrieg zwischen die Fronten geraten und darüber seines Lebens nicht mehr sicher sein. Ein Flüchtling, der Leib und Leben vor Übergriffen seiner Obrigkeit(-en) retten will, der versucht, so schnell es geht, abzuhausen, und der muss dabei nicht selten sein Hab und Gut – wenn er denn überhaupt über so etwas verfügt – und häufig auch seine Familie zurücklassen. Er verlässt das Land, oft mit nicht viel mehr als mit dem, was er auf dem Leibe trägt. Vielleicht hat er vorher noch irgendwas irgendwie zu Geld gemacht, denn Flucht ohne Geld ist aussichtslos. Er weiß um die Paradoxie seiner Lage: Seine Flucht vor Verfolgung, Vertreibung oder aus der *größten Armut* gelingt *ohne Geldmittel* nicht. Weswegen zur Flucht Entschlossene gelegentlich Geld leihen, die engere oder weitere Verwandtschaft anbetteln und sich ihrer letzten Geldmittel mit der Versicherung bemächtigen, dass sie bei gelungener Flucht vermehrt zurückfließen werden.

Wer sich zur Flucht entschließt, der will also weder verreisen noch mit Visum auswandern; und eine Abmeldung ausgerechnet bei der Instanz, die ihm ans Leder will, wäre absurd. Sie käme dem freiwilligen Gang in den Knast, wenn nicht sogar einem Suizid gleich. Die rein *passive* Feindschaftserklärung an jenes Staatswesen, dessen Rechtssystem er entkommen will, schließt ein, dass er ab sofort *illegal* unterwegs ist. Um ein Visum – beispielsweise für ein EU-Land – braucht er sich gar nicht erst zu bemühen. Die dafür nötigen Kriterien erfüllt er nicht: In der Regel ist er nicht in der Lage, seinen Lebensunterhalt zu finanzieren, oft ist seine Identität kritisch und bei Flüchtlingen, die obendrein mit dem Stempel der Illegalität gebrandmarkt sind, ist mehr als zweifelhaft, ob der Einreisestaat mit ihnen etwas anfangen kann. Flucht vor Hun-

ger und Bomben sind ohnehin *für sich* für keinen Staat ein Grund, Flüchtlinge aufzunehmen.

Wenngleich dies seine größte Sorge nicht ist, so ist der Flüchtling in den Augen seines Heimatstaates ein *Rechtsbrecher*, der sich dem staatlichen *Zugriff entzieht*. Aus dem Umstand, dass Flüchtlinge sich um Grenzen des Heimatstaates nicht scheren (können) und geschlossene Grenzübergänge über »Grüne Grenzen« umgehen, ziehen diese Staaten – je nach Betroffenheit – verschiedenartige Schlüsse: Einige der Herkunftsstaaten versuchen die Flucht zu unterbinden und setzen Fluchtversuche unter Strafe, andere unternehmen nichts gegen den Verlust an Volkssubstanz, sind vielleicht sogar froh, arme Schlucker oder Widerstandskräfte loszuwerden; wieder andere bauen Mauern, um Bürger von der Flucht abzuhalten. Ebenso illegal dringt der Flüchtling in ein fremdes Staatswesen ein, wenn er dem eigenen entflieht: Ohne Visum oder sonstige Einreiseerlaubnis sieht er zu, unentdeckt die Grenze zu überschreiten. Er ist nach Grenzüberschreitung im Grenzland unerlaubt eingedrungener *Ausländer*, d.h. er gehört nicht zu dessen Staatsvolk und wird, arm wie er in der Regel ist, kaum als *Bereicherung* des Landes einsortiert. Von Flüchtlingstrecks heimgesuchte Staaten unternehmen schon mal den umgekehrten Versuch: Sie versuchen sich mit Mauern und Zäunen vor Eindringlingen zu schützen, die sie bei sich nicht aufnehmen wollen. Andere wollen sie möglichst schnell wieder loswerden. Die Beispiele sind unschwer der Grenzpolitik der betroffenen Staaten der letzten Jahrzehnte zu entnehmen. Sie alle stehen für eins: Staatsgewalten definieren nach ihrem Interesse erstens, wer zu ihrem Staatsvolk gehört und wer nicht, und tragen zweitens mit Gewaltmitteln *selbst* dafür Sorge, dass das Volk, so wie sie es für ihre nationalen Belange einsetzen wollen, beieinander bleibt, ausgedünnt oder aufgestockt wird.

Von diesen und anderen staatlichen Entscheidungen hängt ab, was dem Flüchtling auf der Flucht droht. Kaum ist er vor den Übergriffen durch seine Herrschaft geflohen, gerät er mit fremden Staatsgewalten in zumeist erneut sehr unschöne Kontakte, die von einem zeugen: *Staaten wollen ihn eigentlich wieder loswerden*. Denn Flüchtlinge sind nicht bestellt, haben sich als Ausländer über Recht und Gesetz hinweggesetzt und armselig, wie sie

in der Regel sind, wird an ihnen auch gar nicht erst nach Brauchbarem, nach Eigentum oder nützlichen Qualifikationen gesucht.⁵ Da Nichtbefassung mit ihnen unter den Augen der moralisch sehr aufmerksamen Weltöffentlichkeit auch nicht geht, immerhin müssen diese Menschen irgendwie am Leben erhalten werden, sind sie für alle Staaten, mit denen sie auf der Flucht in Berührung kommen, nichts als *Last*.

Und so wird mit ihnen auch umgegangen. Man transportiert sie an eine Grenze, schiebt sie dort ab, errichtet *Lager* bzw. gesteht Hilfsorganisationen deren Errichtung zu oder verfrachtet sie zwecks weiterer Behandlung in »Erstaufnahmeeinrichtungen«. Nicht dass sich Staaten *nicht* um die Flüchtlinge kümmern würden, nur nimmt das Kriterium für solches Kümmern nicht Maß an dem, was Flüchtlinge *brauchen*, sondern daran, als welche Sorte *Störung* sie im jeweiligen Durchgangsland definiert werden. Niemand soll sagen, dass Flüchtlingen nicht geholfen wird: Hilfe stellt auch ein Lager dar, in das sie, grenznah aufgegriffen, verbracht werden. In der Tat – und das ist nicht ironisch gemeint – ist das Lager ein erster *Schutz* für sie. Allerdings in *doppelter* Weise: Runtergekommene Flüchtlinge werden minimal versorgt und erhalten ein Zelt-dach über dem Kopf. Zugleich aber stellt so ein Flüchtlingslager eine mit Ausländern vollgestopfte Enklave auf dem Territorium eines Staates dar, der mit diesem Lager *sich* vor dem unkontrollierten Einsickern dieser Fremden in die heimische Bevölkerung, die den Flüchtlingen häufig genug nicht gerade wohlgesonnen ist,⁶

⁵ Vieles von dem, was Flüchtlingen sonst noch angehängt wird, fällt mehr unter interessierte Ausmalung von Ausländerfeindschaft. Wenn es etwa heißt, Flüchtlinge seien Kriminelle, Drogenhändler, Terroristen oder würden Seuchen verbreiten, dann ist daran nur so viel Wahrheit, wie sich Krankheiten oder »kriminelle Elemente« auch in jeder inländischen Population finden lassen, die vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen wird und ihr Leben als Teil des »Prekariats«, als »bildungsferne Schicht« in Plattenbausiedlungen verbringen muss.

⁶ Dabei wird gergewöhnt, dass sich feindliche Stämme, Religionsgemeinschaften oder politische Organisationen in den Lagern festsetzen oder dass Lager als Rekrutierungsorte für Terroristen bzw. für solche Gruppierungen fungieren, die vom Lagerstaat als Terroristen ausgemacht worden sind. Der Argwohn ist nicht unbegründet, wie Fälle aus dem Nahen Osten zeigen.

oder vor wildem Durchmarschieren von Flüchtlingstrecks schützt. Die inzwischen bekannt gewordenen Lager im Libanon oder in Jordanien sind deswegen häufig gut befestigt und von Staatsorganen bewacht, Ein- und Ausgang werden kontrolliert, und Bemühungen von Flüchtlingen, sich außerhalb des Lagers eine Arbeit zu suchen, werden mit Argusaugen beobachtet. Es soll nämlich einerseits der Charakter des Lagers als *Lebensprovisorium* erhalten bleiben, andererseits die nationalen Aufwendungen dafür so gering wie möglich gehalten werden. Flüchtlinge, die in solchen, inzwischen fast zu Millionen-Zeltstädten herangewachsenen Elendsquartieren einen »Zwischenstopp« einlegen, die einfach nicht mehr weiter können oder auf ein Kriegsende bzw. neue politische Verhältnisse in ihrer Heimat warten, sind deswegen in ein Lagerleben eingebunden, in dem das Leben oder Überleben vielfach von Almosen regionaler, nationaler oder supra-regionaler Hilfsorganisationen abhängig ist. Deren Hilfsimpetus lässt oft genug zu wünschen übrig. Ihre Mittel müssen – wenn sie nicht über private Spenden kommen – auch wieder von Staaten finanziert werden, deren moralisch offensiv vorgetragene Spendierfreudigkeit in keinem Verhältnis zu ihrer Zahlungsmoral steht. Die Trostlosigkeit des Lagerlebens besteht zudem nicht nur darin, dass es in ihm am Nötigsten fehlt, sondern auch darin, dass das Leben dort häufig keinen anderen Inhalt hat als zu warten und dabei zu überleben. Vegetieren nennt man das auf Hochdeutsch. Wer kann – und das ist die eine zwangsläufige Konsequenz –, *flieht* erneut, diesmal *aus* dem Lager. Die andere besteht darin, sich auf Dauer im Lagerleben irgendwie einzurichten, was dazu führt, dass umgekehrt die verarmte *einheimische* Bevölkerung im Lager einen Markt nicht nur für *Fluchtutensilien* aller Art entdeckt: In Dadaab z.B., dem mit ca. 650.000 Menschen

Dass es bei Maßnahmen zur Abriegelung der Lager um den *Schutz* für die Bevölkerung geht, darf aber bezweifelt werden. Allein um *Sicherheit und Ordnung* geht es dabei, wie zweifelsfrei dem Umstand zu entnehmen ist, dass sich das Leben vieler Einheimischer in diesen Ländern kaum von dem der Flüchtlinge in den Lagern unterscheidet.

größten Flüchtlingslager der Welt in Kenia, ist inzwischen »alles käuflich zu erwerben, ein Handy ebenso wie eine Waffe«. ⁷

Seine *Staatsbürgerschaft* behält der Flüchtling auf der Flucht natürlich weiter. Die kann er gar nicht von sich aus ablegen. Und in der Regel halten die Flüchtenden ihre Papiere auch sehr besorgt beieinander. Sie wissen, *ohne Papiere*, mit denen sich ihre Herkunft zweifelsfrei nachweisen lässt, sind sie von vornherein aufgeschmissen. Dass Flüchtlinge ihre Papiere gelegentlich wegwerfen oder sich falsche besorgen, ist zwar Faktum, widerspricht diesem Urteil jedoch gar nicht. Es steht für die *Bedeutung*, die diese staatlichen Volkszugehörigkeitsausweise auf ihrer Flucht haben. Überall dort, wo die Flüchtlinge auf eine Staatsmacht und ihre Bürokratien stoßen, wird nicht primär ihr *Elend*, der Anlass ihrer Flucht, festgehalten, beurteilt und eventuell umsorgt, als erstes wird vielmehr ihre Staatsbürgerschaft, also ihre *Herkunft*, abgefragt: *Woher* jemand kommt, das ist den Behörden wichtiger als die Frage, *warum* es Menschen massenhaft in eben diesen Ländern nicht mehr aushalten. Auch der Umstand, dass es inzwischen ein international gut gehendes Geschäft mit gefälschten Papieren für Flüchtlinge gibt, macht nur deutlich, dass der *individuelle Fluchtgrund* eines Flüchtlings offenbar nicht mit behördlich *anerkannten Fluchtgründen* zusammenfällt. Es braucht der Flüchtling also nicht nur irgendwelche, sondern – und das spricht sich im Onlinezeitalter schnell herum – die *richtigen* Papiere. Die sind allemal für staatliche Stellen, die ihn auffangen, von größerer Bedeutung als die zumeist ins Auge springende Elendslage, welcher die Flüchtlinge zu entkom-

⁷ Nach: faz.net, 13.4.2015. Die Regierung von Kenia hat inzwischen vor, das Lager, in dem sich seit 25 (!) Jahren vor allem Flüchtlinge aus Somalia aufhalten, zu schließen und die Flüchtlinge nach Somalia zurückzutransportieren. Der Grund: Im Lager geben somalische Clans und radikale Islamisten den Ton an, in denen die kenianische Regierung eine zusätzliche Gefahr für die innenpolitische Stabilität des Landes sieht. Sie stößt mit diesem Vorhaben auf Widerstand nicht nur vonseiten der Vereinten Nationen und der Hilfsorganisationen – die übrigens, so pervers es klingen mag, Flüchtlinge als *Grundlage* ihrer Fortexistenz *brauchen* –, sondern auch auf den der neuen Lagerherren, die dieses Rekrutierungszentrum nicht missen wollen. Eine hübsche Koalition.

men suchen. Ärgerlich für Flüchtlinge ist dabei der Umstand, dass die Frage, *welches* denn die richtigen Papiere sind, sprich solche, mit denen er nicht postwendend wieder weggeschickt wird, von staatlichen Behörden nach Kriterien entschieden wird, die mit den Flüchtlingen wenig, mit den sich ändernden Konjunkturen von Flüchtlingspolitik dafür umso mehr zu tun haben.⁸

Neben Geldmitteln für Fluchthelfer aller Art und den Papieren braucht es aber noch mehr. Zur Flucht braucht es immer auch den *Willen* und die *Fähigkeit*, sich deren Strapazen stellen zu können. (Siehe dazu am Ende des Kapitels, S. 20ff., den Exkurs: Überleben auf der Flucht als Qualifikationsnachweis: »Gelobt sei, was hart macht!«) Es fallen folglich auch der individuelle *Fluchtgrund* und die *Tauglichkeit* zur Flucht auseinander. Nur ein geringer Teil derjenigen, die es unter der Herrschaft ihrer nationalen Führung bzw. in der Kriegslage eigentlich nicht mehr aushalten, flieht. Das heißt aber, dass sich von jenen 60 Mio. Flüchtlingen, die die UN-Organisationen bis Ende 2015 gezählt haben, nur ein vergleichsweise *geringer Teil* auf den Weg in die Zentren des Weltkapitalismus, vornehmlich nach Europa und in die USA, macht. Umgekehrt formuliert: Die armseligen Gestalten, die den Versuch unternehmen, der Verfolgung, Verarmung oder den Bürgerkriegen zu entfliehen, stellen so etwas wie die »*Oberschicht*« all derjenigen dar, die *Fluchtgründe haben*. Alte, Kranke oder physisch und psychisch Entkräftete sind gar nicht erst in der Lage, den Entschluss zur Flucht zu fassen, ihn in die Tat umzusetzen und dabei *bewusst kalkulierend* jedes Risiko – auch das des eigenen, ohnehin bereits angegriffenen Lebens – auf sich zu nehmen.

Deswegen ist an den Flüchtlingen noch etwas festzuhalten: Sie haben sich recht genaue – wenngleich falsche – Vorstellungen von den Regionen gemacht, in die sie fliehen. Sie wissen, dass sie dafür Geld brauchen; sie haben Erkundigungen darüber eingezogen, wo und wie sie an Schleuser herankommen, was es für sie bedeutet, sich ihnen auszuliefern, und welche Wege für sie die relativ günstigeren

⁸ Man denke nur – um etwas vorzugreifen – daran, welche Staaten wann von deutscher bzw. europäischer Politik das Prädikat »sichere Herkunftsländer« erhalten und welchen es wann wieder aberkannt wird.

sind. All das spricht dafür, dass sie *als Opfer* der Zurichtung ihrer Heimatländer durch das weltweite Wirken des »freien Westens« in gewisser Weise zugleich dessen *Produkt* sind. Ohne Ausrüstung mit Handy oder Smartphone und deren Beherrschung gelingt heute niemandem die Flucht, viele von ihnen sind zweisprachig unterwegs, können sich folglich auch außerhalb ihrer Heimatregion verständigen und haben die Grundregeln kapitalistischer Ware-Geld-Beziehungen längst intus – nur eben keine Geldquelle zum käuflichen Erwerb von Lebensmitteln (mehr). Unter Flüchtlingen aus Syrien befinden sich nicht nur verarmte Bauern, ausgebombte Handwerker und Tagelöhner, sondern auch Ärzte, Ingenieure, Lehrer und Studenten, deren Städte zerstört, deren Ausbildungsstätten vom IS besetzt sind und deren Lebensunterhalt ruiniert ist. Den Fernsehbildern lässt sich entnehmen, dass sich die Jüngeren unter allen Flüchtlingen, woher sie auch immer kommen, in Kleidung und Auftritt kaum vom hiesigen Nachwuchs unterscheiden: Kapuzenpulli, Jeans und Adidas-Turnschuhe sind Standard. *All das relativiert keinen einzigen Fluchtgrund*. Es macht nur deutlich, dass sich die Flüchtlinge heute längst nicht mehr durch ethnische Besonderheiten oder Stammessitten, die ans Mittelalter gemahnen, auszeichnen. Die haben sich durch den verhängnisvollen Siegeszug des Kapitalismus quer über alle Kontinente ziemlich weggekürzt. Wer heute noch *borniert befangen* ist in überkommenen, quasi naturwüchsigen Lebenszusammenhängen, der taugt nicht zur Flucht; ja, der denkt überhaupt nicht ans Fliehen.

Wenn heute von einer durch die *Flüchtlingsmassen* verursachten internationalen Krise die Rede ist, dann soll der hiesige Bürger an jene Flüchtlinge denken, die es aus ihrer Heimat bis nach Europa geschafft haben und die vor Ort, wie täglich im Fernsehen zu besichtigen, um Hilfe nachsuchen. Es wird einem also das »*Flüchtlingsproblem*« von vornherein interessiert sortiert vorgestellt. Und dies gleich in mehrfacher Hinsicht: Dass es nur ein Bruchteil von Flüchtlingen überhaupt bis nach Europa schafft, dass für die meisten von ihnen das Leben in Lagern zur schlimmen Normalität geworden ist, und dass noch ein Vielfaches von ihnen Fluchtgründe, aber nicht das Geld und die Kraft besitzt, die Flucht überhaupt anzutreten, fällt hierzulande gar nicht erst unter das »Flüchtlingspro-

blem«. Wer nicht unterwegs ist, der ist kein Flüchtling, und wer nicht auf der Flucht in Richtung Europa ist, der fällt deswegen auch nicht unter hiesige Flüchtlingspolitik. Die Flüchtlingsfrage von ihren Ursachen her aufzuziehen, ist nicht ihre Sache.

Ob sich das unter Merkel nach dem September 2015 in Deutschland geändert hat, als sie verkündete, sich der »Flüchtlingsproblematik in ihrer Gesamtheit« anzunehmen und dabei ernsthaft den *Fluchtursachen* zu Leibe zu rücken, wird sich erweisen.

Exkurs: Überleben auf der Flucht als Qualifikationsnachweis: »Gelobt sei, was hart macht!«⁹

»Schauen Sie sich die Flüchtlingswege an: wie aufwendig und gefährlich die sind. Dies schafft nur, wer sein Leben in die Hand nehmen will. So jemand hat doch hervorragende Voraussetzungen, (...) (So ein Junge aus Mali) hat mit seiner Flucht gezeigt, was für einen Willen er besitzt. Sobald er dann auch noch Deutsch kann, sind das gute Voraussetzungen.«¹⁰

Der das in einem Interview von sich gegeben hat, ist nicht irgendjemand. Weder irgendein kleiner Handwerksmeister, den seine Verbitterung über »die deutsche Jugend« zu so einer Faschisterei verleitet, noch ein aus der Spur gelaufener Pegida-Anhänger, der sein Ideal von deutschen Tugenden auch schon mal an Nichtdeutschen entdeckt. Es ist der Chef der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Ingo Kramer, der in einem SZ-Interview zur Flüchtlingsfrage aus seinem Arbeitgeberherzen keine Mördergrube gemacht hat. Bemerkenswert? Auf jeden Fall ist bemerkenswert, dass in keiner TV-Sendung und in keinem Pressekommentar auf diese mehrfach wiederholte, also nicht als Ausrutscher zu wertende Äußerung kritisch Bezug genommen wird, der Arbeitgeberpräsident auch nicht um nachträgliche Klärung gebeten oder gar die Frage in den öffentlichen Raum gestellt wird, ob

⁹ »Ich liebe das Land nicht, wo Butter und Honig – fließt« (F. Nietzsche) – so geht das Zitat weiter.

¹⁰ Arbeitgeber-Präsident Ingo Kramer, in: SZ, 4.9.2015

so ein Mensch tatsächlich geeignet ist, die deutsche Unternehmerschaft zu führen und zu repräsentieren. Hätte er in dem Interview von einem »*Neger aus Mali*« gesprochen, dann wäre mit Sicherheit der Teufel los gewesen.

*

Dieser Unternehmervertreter verrät damit gar nicht nebenbei so Einiges über das Verhältnis von *Willen* und *Qualifikation*, das er sich als Voraussetzung für Beschäftigung in deutschen Betrieben wünscht. Es ist nicht allein der Wille zur Arbeit, den er fordert, auch nicht der Wille zur Arbeit gegen Lohn im Dienste von Kapitaleigentümern bzw. Eigentümergesellschaften. All das reicht ihm nicht, all das gilt ihm als eine selbstverständliche Voraussetzung in einer Wirtschaftsweise, in der nur derjenige an Geld kommt, der sich, eigentumslos wie er ist, bereit erklären muss, sein Arbeitsvermögen ganz in den Dienst der kapitalistischen Gewinnrechnung zu stellen. Ebenso abstrahiert der Herr Kramer in der Stellungnahme erst einmal gänzlich von Ausbildung, von Können und Wissen, also von *fachlicher* Qualifikation. Allein die Kenntnis der deutschen Sprache erwähnt er als »*gute Voraussetzung*«, wobei diese sachliche Ausstattung des Arbeitsvermögens wohl auch für ihn mehr nationales Integrations- als Arbeitserfordernis ist.

Begeistert zeigt sich der BDA-Präsident dagegen von einem *Willen*, der *rücksichtslos* gegen das eigene Leben an seinem *Ziel* festhält – dessen nähere Würdigung im Fall dieser Flüchtlinge aus Afrika ihm allerdings völlig fern liegt. Allein die *erfolgreiche* Bewältigung der »*aufwendigen und gefährlichen Fluchtwege*« hält er fest; und die gilt ihm als Qualifikationsnachweis für Arbeiten in einer Nationalökonomie, die sich seit Langem rühmt, den Manchesterkapitalismus mit seinem Arbeitstag von ca. 16 Stunden und einer dramatisch niedrigen Lebenserwartung des – britischen – Proletariats hinter sich gelassen zu haben. *Das* ist für ihn offenbar eine heute überaus wichtige Qualifikation, die natürlich immer voraussetzt, dass so ein Wille einer *benutzbaren Physis* überhaupt das Durchhalten befehlen kann. An welche Arbeitsverhältnisse denkt der Herr Präsident dabei? Das müssen Arbeiten sein, für die primär der *Wille zum Aushalten* von *ruinösen* Anforderungen geschätzt wird. Und die wird es wohl geben. Der Chef hiesiger Unterneh-

mer, selbst Kapitaleigner, wird schon wissen, dass Arbeiter unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen nach wie vor Härten in Kauf zu nehmen haben, die »*lebensgefährlich*« sind.

*

Beschwichtigend heißt es dagegen: »Da hat der Präsident fürchterlich übertrieben!« Oder: »Das soll man nicht so wörtlich nehmen!« Oder: »Er will der verwöhnten deutschen Jugend doch nur einen Spiegel vorhalten.« Egal, was er wohl gemeint haben mag und welche Motive ihn geritten haben, seine Auskünfte sind in einer Hinsicht *nicht* das gnadenlos überzeichnete Ausbeutungsideal eines rückständigen Unternehmertyps, sondern das klar ausgesprochene Interesse an Arbeitskräften, die einer kapitalistischen *Arbeitswelt* zu Diensten sind: Auf die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, d.h. der physischen und geistigen Potenzen des Arbeiters, nehmen er und seinesgleichen bei ihrer Benutzung *von sich aus* keine Rücksicht.

Braucht jemand Belege? Bitte schön: Was sagen alle *arbeitsrechtlichen* Regelungen der Länge des Arbeitstages, was der regelmäßige *Streit* über die Pausenlänge, was die *staatlicherseits* für die Betriebe erlassenen *Vorschriften* zur Sicherheit am Arbeitsplatz, zur Hygiene in Werkhallen, was das *Verbot* bestimmter Substanzen in der Fertigung usw. eigentlich über das *Interesse* der Unternehmer aus? Ihnen muss von Staats wegen bis heute ein Mindestmaß an Rücksichtnahme auf das Arbeitsvermögen aufgenötigt werden.¹¹

Von sich aus ist aus der Klasse der Kapitaleigentümer offensichtlich niemand bereit, dafür zu sorgen, dass die Arbeitermannschaften die Arbeit wenigstens bis zur gesetzlichen Rente aushalten. Und anderes leisten staatliche Vorschriften im Prinzip auch nicht. Wie heißt die politische Quintessenz all dieser arbeitsrechtlichen Erlasse an die Adresse der Unternehmer: »Ihr könnt doch nicht das Arbeitsvermögen, die Quelle eurer Siege in der ökonomischen Konkurrenz, *durch ihre Benutzung unbenutzbar* machen!« Doch,

¹¹ Das hat schon Karl Marx ebenso beurteilt: »*Was könnte die kapitalistische Produktionsweise besser charakterisieren als die Notwendigkeit, ihr durch Zwangsgesetz von Staats wegen die einfachsten Reinlichkeits- und Gesundheitsvorrichtungen aufzuherrschen?*« (aus: MEW 23, »Das Kapital«, Bd. I, Berlin/DDR 1962, S. 505)

können sie. Um diesen Widerspruch scheren sich die Damen und Herren Kapitalisten wenig. Sie wissen ihn nämlich beim *Sozialstaat* in guten Händen. Das heißt: Das *polit-ökonomische* Interesse an der Erhaltung brauchbarer Arbeitskräfte verfolgen die staatlichen Hüter der sozialen Marktwirtschaft zwar *gegen* die Unternehmerklasse, allerdings nie mit der Konsequenz, dass sie den *Grund* der ruinösen Benutzung, das Gewinnemachen, angreifen – immerhin liefert es die finanzielle Grundlage ihrer Staatsmacht. Sie greifen ein, wenn sie den benutzbaren Bestand ihrer braven Arbeitskräfte in Gefahr sehen, genauer: deren versammelte Fähigkeit, sich ein Leben lang für fremden Reichtum krummzulegen. Dagegen giftet dann das Kapital, sieht seinen Ruin voraus, setzt Modifikationen durch, akzeptiert das Ergebnis schließlich oder auch nicht; und geht z.B. nach Bangladesch, wo die Staatsführung nicht so zimperlich ist.¹² In diese Arbeitswelt werden Inländer wie geduldete Ausländer integriert. Und wenn letztere den Arbeitsmarkt zusätzlich bereichern, wird das Unternehmertum schon wissen, wie es die damit forcierte Konkurrenz ausnutzt: Dann wird es schnell zur neuen Normalität, dass es für viele Beschäftigte noch ein bisschen mehr zum Aushalten gibt.

*

Übrigens begeben sich die »Jungs« aus Mali, Somalia, Eritrea, Irak, Afghanistan etc. auf jenen lebensgefährlichen Fluchtweg gerade in der Hoffnung, irgendwo in Europa eine bezahlte Arbeit zu finden, mit der sie im *Unterschied* zu ihrem Herkunftsland (über-)leben können. Empfangen werden sie mit einer zynischen Sichtung ihrer Brauchbarkeit: Unternehmer aus dem »gelobten Land« verkünden, dass sie als Beleg ihrer Qualifikation *schätzen*, was Flüchtlinge fast *umbringt*.

¹² Vgl. dazu den Artikel in GegenStandpunkt, Heft 3/2013, mit dem Titel: »Anlässlich der Fabrik-Katastrophen in Bangladesch: Mit ›Fair Trade‹ die Welt verbessern! Ausbeutung in der 3. Welt: Nichts weiter als eine Herausforderung an die Moral des westlichen Verbrauchers«.